

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/05/2007

über die öffentliche Sitzung am 10.07.2007,
Peter-Rantzau-Haus, Woldenhorn 3

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 22:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Frau Annika Korts
Herr Jörn Schade
Frau Petra Wilmer
Herr Gerald Wittkamp

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Holers
Herr Henning Koeppe
Herr Ingo Rolke

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Horst Aschmann
Frau Doris Lange
Frau Anne Overbeck

Seniorenbeirat
Kinder- u. Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Jürgen Eckert
Frau Irene Hofmann
Frau Leetz
Frau Prof. Dr. Schmöker
Frau Schröder

GF Kreisverband AWO
Leitung Peter-Rantzau-Haus
Leitung KiTa Am Hagen
HAW - Soziale Arbeit und Pflege
Kreisverband DRK

Verwaltung

Frau Petra Haebenbrock-Sommer
Frau Cornelia Heitmann
Herr Hanno Krause
Frau Anja Gust

FDL III.4
FDL III.2
FBL III
Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Johan von Hülsen

Bürgerliche Mitglieder

Frau Manuela Koszowsky-Thiel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2007 vom 12.06.2007
5. Erweiterung der Gruppenöffnungszeit in der Kindertagesstätte Am Hagen **2007/069**
6. Seniorenausflug (Förderung der Altenpflege) **2007/081**
 - Bezuschussung einer Tagesfahrt des Ahrensburger Bürgervereins pro Jahr in Anlehnung an die Zuschussregelung für die Mitglieder der AG Wohlfahrtsverbände
7. Zwischenbericht zur Erstellung "Altenplan" durch Frau Prof. Schmöcker von der HAW
8. Neubau Peter-Rantzau-Haus **2007/079**
 - Leistungsbeschreibung im Zusammenhang mit Vergabe der Trägerschaft
 - Verfahren der Vergabe der Trägerschaft
 - Bauverfahren
9. Verschiedenes
 - 9.1. Sprachförderung in Kindertagesstätten
 - 9.2. Änderung der KiTa VO
 - 9.3. Ferientrubel 2007
 - 9.4. Jahresbericht 2006 Peter-Rantzau-Haus
 - 9.5. Belegungssituation in Ahrensburger Kindertagesstätten und in der Tagespflege im September 2007
 - 9.6. Elternumfrage im Rahmen der Qualitätsentwicklung
 - 9.7. Skatercontest am Samstag, 14.07.2007

1 Einwohnerfragestunde

Vertreter des Seniorenbeirates, ehrenamtliche Mitglieder des Peter-Rantzau-Hauses und viele Ahrensburger Bürgerinnen und Bürger im Seniorenalter freuen sich über die Neubauplanungen des Peter-Rantzau-Hauses, bringen jedoch ihr Unverständnis und ihren Unglauben darüber zum Ausdruck, dass mit dem Neubau auch eine Ausschreibung der Trägerschaft des Peter-Rantzau-Hauses erfolgen muss. Viele Stimmen hierzu erklären, dass ein Trägerwechsel zur Folge hätte, dass das bestehende Netzwerk der ehrenamtlichen Helfer zerbrechen würde. Auch ein Wechsel der hauptamtlichen Mitarbeiter des Peter-Rantzau-Hauses hätte zur Folge, dass viele ehrenamtliche Helfer sich zurückziehen würden. Aus Sicht dieses betroffenen Personenkreises sollen diese Strukturen die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Zusammenarbeit mit dem Träger der AWO unangetastet bleiben.

Zu diesen vielen Wortbeiträgen berichtet der Fachbereichsleiter, Herr Krause, dass unter Hinzuziehung der geltenden Rechtsvorschriften und der inzwischen 25 Jahre alten Vereinbarung über den Betrieb des jetzigen Peter-Rantzau-Hauses (PRH) die rechtliche Notwendigkeit einer Vergabe der Leistung „Betreiben des PRH“ im Falle eines Neubaus an einem anderen Standort mit dem städtischen Juristen besprochen wurde.

Dieser Vertrag wurde damals an das jetzige PRH und den Standort Woldenhorn gekoppelt. Ein Neubau mit neuem Standort sind wesentliche Änderungen des bestehenden Vertrages. Hieraus resultiert die Notwendigkeit, die Leistung „Betreibung des PRH“ im Wettbewerb zu vergeben und einen neuen Vertrag über den Betrieb des Peter-Rantzau-Hauses am neuen Standort zu schließen.

Eine Umgehung der einschlägigen Rechtsvorschriften ist nicht möglich. Ein Rechtsverstoß könnte zur Folge haben, dass andere in Frage kommende Bieter die Stadt Ahrensburg verklagen könnten.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, in einem Interessenbekundungsverfahren einen bundesweiten Ausblick auf geeignete Träger zu richten. Hiervon sollen dann 3 bis 5 geeignete Bieter ausgewählt und an einer Ausschreibung beteiligt werden.

Es sei im Ermessensspielraum des Sozialausschusses zu entscheiden, ob ein Ausblick auf geeignete Anbieter – eventuell auch auf nur Landes- oder Kreisebene – gehalten werden soll. Jedenfalls muss die Ebene so gewählt werden, dass überhaupt ein Wettbewerb zwischen geeigneten Bietern stattfinden kann.

Herr Klingsporn und andere Ahrensburger Bürgerinnen und Bürger akzeptieren die Stellungnahme der Verwaltung nicht. Ihrem Wunsch entspricht es, die Trägerschaft des Peter-Rantzau-Hauses unbedingt in den Händen der AWO zu belassen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung wie folgt:

Zur Beantwortung der Frage, ob im Zusammenhang mit einem Neubau des PRH und dem damit verbundenen Ortswechsel an den Stormarnplatz ein Verfahren nach vergaberechtlichen Vorschriften erfolgen muss, ist durch den

städtischen Justiziar, Herrn Reich, eine schriftliche und rechtlich begründete Stellungnahme vorzulegen.

Ein Mitglied vom Jugendhaus 42 berichtet über das Gerücht, dass durch den Bau des Peter-Rantzau-Hauses am Stormarnplatz in der Nähe des Rathauses nun die Skater-Anlage abgerissen werden soll, um den Sportplatz in seinem vollen Nutzungspotenzial zu erhalten. Die Ausschussvorsitzende Brandt weist an dieser Stelle auf den Beschluss des Bau- und Planungsausschusses hin, dass das Peter-Rantzau-Haus zwischen Rathaus und zwischen Skater-Anlage gebaut werden soll. Damit ist auch beschlossen, dass die Skater-Anlage bleibt.

Ein Elternteil führt zum Tagesordnungspunkt 5 (Erweiterung der Gruppenöffnungszeit in der Kindertagesstätte Am Hagen) aus, dass die Eltern aus der KiTa Am Hagen diese Vorlage sehr begrüßen. So bittet er den Sozialausschuss, diesen Beschlussvorschlag zu beschließen.

Die Einwohnerfragestunde wird an dieser Stelle geschlossen. Einwohner und Einwohnerinnen haben jedoch noch Gelegenheit, bei der Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte ihre Fragen und Einwände zu stellen.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Sozialausschuss ist beschlussfähig.

3 Anträge zur Tagesordnung

Die Verwaltung stellt einen Dringlichkeitsantrag für die Vorlage Nr. 2007/081 (Seniorenausflug, Förderung der Altenpflege). Für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Verwaltung beantragt, einen weiteren Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher Sitzung aufzunehmen. Über die Auswirkung bei der Ausschreibung der Trägerschaft für das Peter-Rantzau-Haus soll nicht öffentlich besprochen werden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2007 vom 12.06.2007

Bürgerliches Mitglied, Frau Holers, und Frau Overbeck vom Kinder- und Jugendbeirat erklären, dass ihnen das letzte Protokoll nicht zugegangen ist. Die Verwaltung gibt diese Kritik weiter.

Ansonsten ist das Protokoll genehmigt.

**5 Erweiterung der Gruppenöffnungszeit in der Kindertages- 2007/069
stätte Am Hagen**

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorschläge vor und unterstreicht den Bedarf an einem Ganztagsangebot im Ahrensburger Stadtteil Am Hagen. Ohne Aussprache wird über die Verwaltungsvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6 Seniorenausflug (Förderung der Altenpflege) 2007/081
- Bezuschussung einer Tagesfahrt des Ahrensburger Bürgervereins pro Jahr in Anlehnung an die Zuschussregelung für die Mitglieder der AG Wohlfahrtsverbände

Die Verwaltung berichtet, dass der Bürgerverein am 2. Juli einen Zuschuss in Höhe von 7 € für 50 Teilnehmerinnen ab 50 Jahre für eine Tagesfahrt am 28.08.2007 in die Lüneburger Heide beantragt hat. Aufgrund der bevorstehenden Sommerpause legt die Verwaltung diesen Antrag nun als Dringlichkeitsantrag vor. Die Verwaltung schlägt vor, den Bürgerverein analog zur Förderung der Mitglieder der Wohlfahrtsverbände ab dem Jahr 2007 einen Zuschuss zu gewähren. Die erforderlichen Mittel stehen bei der HHSt. 4310.7010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7 Zwischenbericht zur Erstellung "Altenplan" durch Frau Prof. Schmöcker von der HAW

Frau Prof. Schmöcker ist beauftragt mit der Erstellung eines Altenplanes für die Stadt Ahrensburg. In einem 30-minütigen Vortrag erläutert sie anhand von Projektorfolien das Konzept und die künftige Struktur eines solchen Altenplanes. Die einzelnen Vortragsfolien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Anschließend bedankt sich die Ausschussvorsitzende, Frau Brandt, für die Erläuterung der bisherigen Arbeitsergebnisse von Frau Prof. Schmöcker.

- **Leistungsbeschreibung im Zusammenhang mit Vergabe der Trägerschaft**
- **Verfahren der Vergabe der Trägerschaft**
- **Bauverfahren**

Die Verwaltung erläutert die vorliegende Sitzungsvorlage. Diese wird im genauen Wortlaut besprochen. Die einzelnen Mindeststandards werden der Reihenfolge nach diskutiert. Fragen werden beantwortet.

Nachdem nun die Standortfrage für das Peter-Rantzau-Haus geklärt ist, wurde eine Leistungsbeschreibung (vorliegende Sitzungsvorlage) erstellt, in dem auch die Mindeststandards für einen Angebotsvergleich festgelegt werden.

Aufgrund der schon im Rahmen der Einwohnerfragestunde behandelten rechtlichen Erforderlichkeit muss die Trägerschaft ausgeschrieben werden. Des Weiteren muss die Finanzierung/das Betreibermodell und eine Bauplanung/Raumplanung erstellt werden. Für all diese Grundsatzentscheidungen ist der Sozialausschuss zuständig und somit trotz einer Zuordnung von einzelnen Aufgaben auf andere Ausschüsse (Finanzausschuss und Bau- und Planungsausschuss) an der jeweiligen Entscheidung zu beteiligen. Auf Seite 7 der Sitzungsvorlage ist hierfür ein Zeitplan mit den entsprechenden Zuständigkeiten beschrieben.

Die Verwaltung führt weiter aus, dass zur Festlegung der Mindeststandards zunächst einmal definiert wurde, dass das künftige Peter-Rantzau-Haus eine Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger ab 50 Jahren sein soll und der künftige Betreiber ein Träger der freien Wohlfahrtspflege.

Es soll aber auch einzelne generationsübergreifende Angebote vorhalten, um generationsübergreifende Begegnungen zu ermöglichen. Im PRH sollen zum Beispiel keine Kinder- oder Jugendeinrichtung integriert werden.

Eine Vernetzung aller Angebote zu anderen Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern ist gewünscht.

An dieser Stelle regt Stadtverordnete Wilmer an, in einer künftigen Vertragspräambel stärker rauszustellen, dass das bisherige über viele Jahre gewachsene Geflecht an ehrenamtlichen Helfern erhalten bleiben soll.

Stadtverordneter Aschmann wirft ein, dass der zukünftige Träger mit in die Raumplanung einbezogen werden sollte. Das würde verhindern, dass im Nachhinein ein Raumangebot beklagt wird, das mit dem künftigen Konzept des Trägers nicht in Übereinstimmung steht. Auf Vorschlag von Herrn Aschmann soll der Beschlussvorschlag 3 deshalb an die erste Stelle rücken.

Stadtverordnete Wilmer merkt hierzu an, dass ein Einrichtungsträger keinen verbindlichen Wirtschaftsplan vorlegen kann, wenn das Raumprogramm und das daraus folgende Nutzungspotenzial und infolgedessen die Betriebskosten nicht bekannt sind.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Reihenfolge der Beschlussvorschläge keine Rangfolge darstelle. Auch wird auf Seite 7 der Vorlage darauf hingewiesen, dass der künftige Träger bei der Gestaltung und Funktionalität der Räumlichkeiten mitwirken soll.

In der Vorlage wird auf Seite 5 unter Nr. 4 der Mindeststandard zum Personal beschrieben. Die Verwaltung erklärt, dass sie diesen Standard in nicht öffentlicher Sitzung behandeln möchte.

Aus den Reihen des Publikums meldet sich Herr Klingspor zu Wort und möchte wissen, ob alle Fraktionen zusammen die Trägerschaft des künftigen Peter-Rantzau-Hauses neu ausschreiben möchten. Die Ausschussvorsitzende, Frau Brandt, erklärt mit Nachdruck, dass es nicht darum ginge, die Trägerschaft ausschreiben zu wollen, sondern nach derzeitiger Rechtslage die Stadt gezwungen sein wird, die Trägerschaft ausschreiben zu müssen. An dieser Stelle entwickelt sich eine kontroverse Diskussion und der Sozialausschuss verständigt sich darüber, im Hinblick auf die Streitfrage der Trägerausschreibung die gesamte Vorlage in dieser Sitzung zu beraten, jedoch nicht zu beschließen. So soll zunächst der Jurist der Stadt Ahrensburg eine schriftliche Stellungnahme über die Frage einer notwendigen Ausschreibung der Trägerschaft vorlegen. Zudem wird der Antrag gestellt, eine zweite juristische Stellungnahme zu diesem strittigen Punkt einzuholen. Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Auf die Nachfrage des Geschäftsführers, Herrn Eckert, wie mit der Stellungnahme des Kuratoriums zum Thema Personalschlüssel umgegangen würde, erklärt die Verwaltung, dass die in der Vorlage aufgeführten Standards nur Mindeststandards sind. Natürlich stehe es jedem Anbieter frei, ein ‚Mehr‘ anzubieten. Es gehe lediglich darum, die geforderten Mindeststandards nicht zu unterschreiten.

Herr Krause weist darauf hin, dass das Kuratorium in seiner letzten Sitzung vorgeschlagen hatte, neben den 2 hauptamtlichen Leitungskräften auch 2 hauptamtliche Bürokräfte als Mindestanforderung zu formulieren, damit eine professionelle Führung des PRH gewährleistet werden kann.

Die Verwaltung berichtet weiter, dass zukünftig nur zwischen dem Betreiber des Peter-Rantzau-Hauses und der Stadt Ahrensburg eine Vereinbarung zu schließen ist. Aufgrund dieser Konstellation von zwei Vertragsparteien soll anstatt des bisherigen Kuratoriums ein Beirat als beratendes und empfehlendes Gremium eingesetzt werden. Wer diesem Beirat zukünftig angehört, kann noch geklärt werden. Ein Beirat hat eine andere rechtliche Stellung als das bisherige Kuratorium.

Herr Eckert, 1. Vorsitzender der AWO Ahrensburg e. V., berichtet, dass das Kuratorium im Zusammenhang mit der Diskussion über die Aktualisierung der Vereinbarung 2004 seine Auflösung bereits erörtert hat. Erstrebtes Ziel war damals, den Abschluss eines Betriebsträgervertrages zwischen Träger und Stadt und daneben eine schriftliche Zusammenarbeitserklärung der ehemaligen Kuratoriumsmitglieder zu vereinbaren. Die Vernetzung der Wohlfahrtsverbände, die durch das Kuratorium entstanden ist, solle aber unbedingt erhalten bleiben.

Die Verwaltung erklärt, dass in einem Beirat die Vernetzung der Träger der freien Wohlfahrtspflege erhalten bleiben kann und somit Bewährtes erhalten wird. Zu beachten ist auch, dass die Vertragspartner, Betreiber und Stadt allein für die Finanzierung aufkommen und somit auch allein Entscheidungssträ-

ger sein müssen und nicht weitere Vertreter in einem Kuratorium. Herr Krause weist darauf hin, dass neben dem beratenden Beirat der demokratisch gewählte Sozialausschuss und die Stadtverordneten die städtischen beratenden und beschließenden Gremien sind und somit eine Zusammenarbeit auf breiter Ebene für das PRH gegeben ist.

Frau Prof. Schmöcker merkt an, dass eine neue Konzeption und eine Erweiterung aller Angebote, wie sie durch den Altenplan ausgearbeitet und vorgeschlagen werden soll, auch bedingt, dass man alte Gegebenheiten auflöst und sich öffnet, um auch andere und neue Aktivisten für das Seniorenangebot zu gewinnen.

Es wird von der Verwaltung nach Abstimmung in der AG PRH vorgeschlagen, den Zuschuss an den Träger PRH auf zukünftig maximal 300.000 € jährlich zu begrenzen, wobei noch alle Gebäudebewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten, wie Wasser, Abwasser, Strom, Heizung, Versicherung und Grundstücksabgaben/kalkulatorische Kosten (Verzinsung Anlagekapital, Abschreibung) hinzuzurechnen sind, die ebenso von der Stadt zu tragen wären. Für das Protokoll ist eine Modellrechnung als Anlage zur Erläuterung der Kostentragung und Eigenanteile beigelegt.

Bei der Frage über die Finanzierung und Bauplanung des künftigen Peter-Rantzau-Hauses ist neben dem Fachbereich I/Finanzausschuss und FB IV/Bau- und Planungsausschuss auch der Fachbereich III sowie der Sozialausschuss zuständig und in der jeweiligen Entscheidungsfindung der Ausschüsse zu beteiligen.

Zum zeitlichen Ablauf aller notwendigen Grundsatzbeschlüsse und Arbeitsaufträge an die Verwaltung erklärt die Verwaltung, dass der in der Vorlage dargestellte Zeitplan in seiner Reihenfolge keine Rangfolge darstelle. Vielmehr müssen bzw. können viele Aufgaben und Grundsatzentscheidungen parallel zueinander laufen. Dieses wird auch aus der Zeitvorgabe deutlich.

Zu der Thematik der Trägerschreibung merkt die Verwaltung an, dass der Sozialausschuss entscheide, auf welcher Ebene ein potenzieller Bieterkreis ermittelt werden soll. Die Sozialausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass der Bieterkreis auf kleinster Ebene (Kreisebene) ermittelt werden soll.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen und im Rahmen der juristischen Stellungnahme zu rechtlichen Notwendigkeit Wettbewerb mitzuteilen, auf welcher kleinsten Ebene ein Wettbewerb stattfinden kann. Herr Krause weist darauf hin, dass die Ebene zumindest einen Wettbewerb ermöglichen muss. Es müssen also genügend geeignete Bieter auf dieser Ebene zu finden sein.

Die Mitglieder des Sozialausschusses verständigen sich darauf, nach Vorlage der schriftlichen Stellungnahmen des städtischen Juristen sowie einer zweiten juristischen Stellungnahme über die gesamte Vorlage im September zu beschließen.

Herr Krause erläutert, dass die vorliegende Sitzungsvorlage in der AG Neubau Peter-Rantzau-Haus und im Kuratorium Peter-Rantzau-Haus inhaltlich besprochen wurde. In der AG haben die Fraktionsvorsitzenden, Vertreter des Seniorenbeirates, des Schwerbehindertenbeirates, des Kinder- und Jugend-

beirates in einem Brainstorming ihre Ideen bezüglich eines Neubaus Peter-Rantzau-Haus geäußert.

9 Verschiedenes

9.1 Sprachförderung in Kindertagesstätten

Frau Heitmann informiert darüber, dass das Land Schleswig-Holstein weitere 2,5 Mio. € für eine außerordentliche Sprachförderung in Kindergärten bereitgestellt hat. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Förderung in Kleinstgruppen (mindestens 3 Kinder) durchgeführt wird. Dieses Programm besteht neben dem schon laufenden Sprachförderprogramm Sprint.

9.2 Änderung der KiTa VO

Frau Heitmann berichtet, dass die Landesverordnung über Mindestanforderungen für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen und für die Leistungen der Kindertagespflege kurz KiTa VO geändert wurde und nunmehr in Lesefassung vorliegt. Die KiTa VO wird dem Protokoll beigelegt.

9.3 Ferientrubel 2007

Die Verwaltung macht auf die neuen Programmhefte zum Ferientrubel 2007 aufmerksam. Darüber hinaus kann das Aktionsangebot auch im Internet eingesehen und gebucht werden.

9.4 Jahresbericht 2006 Peter-Rantzau-Haus

Auf Nachfrage der Verwaltung wird der Jahresbericht 2006 für das Peter-Rantzau-Haus jeder Fraktion als Kopie zur Verfügung gestellt.

9.5 Belegungssituation in Ahrensburger Kindertagesstätten und in der Tagespflege im September 2007

Stadtverordneter Aschmann beauftragt die Verwaltung, zur kommenden Sozialausschusssitzung im September die aktuellen Belegungszahlen in den Ahrensburger Kindertagesstätten und der Tagespflege vorzulegen.

9.6 Elternumfrage im Rahmen der Qualitätsentwicklung

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Aschmann erklärt die Verwaltung, dass die geplante Elternumfrage im Rahmen der Qualitätsentwicklung in Ahrensburger Kindertagesstätten im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden soll. Dieser Zeitpunkt wurde vor dem Hintergrund gewählt, dass der Sozialausschuss auch ein Feed-back von den Eltern haben wollte, deren Kinder die Kindertageseinrichtungen bereits verlassen haben und schon erste Eindrücke über die Schulzeit wiedergeben können. Die Verwaltung hofft, eine Auswertung dieser Elternumfrage dem Sozialausschuss im Dezember vorlegen zu können.

9.7 Skatercontest am Samstag, 14.07.2007

Bürgerliches Mitglied Holers lädt alle Sozialausschussmitglieder zum Skatercontest am kommenden Samstag ab 15:00 Uhr ein. Der Contest findet am Stormarnplatz statt.

gez. Doris Brandt
Vorsitz

gez. Anja Gust
Protokoll